

RESOLUTION 63/198

Verabschiedet auf der 71. Plenarsitzung am 18. Dezember 2008, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/63/L.55 und Add.1, eingebracht von: Ägypten, Albanien, Australien, Belize, Dänemark, Finnland, Frankreich, Island, Israel, Jordanien, Katar, Kuwait, Luxemburg, Malediven, Marokko, Niederlande, Oman, Österreich, Panama, Schweden, Singapur, Slowenien, Spanien, Thailand.

63/198. Unterstützung der Internationalen Schule der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Erziehung und der multikulturellen Begegnung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1102 (XI) vom 27. Februar 1957, 1228 (XII) vom 14. Dezember 1957, 2003 (XIX) vom 10. Februar 1965 und 2612 (XXIV) vom 16. Dezember 1969 betreffend den Standort, den Bau und die Finanzierung der ständigen Räumlichkeiten der Internationalen Schule der Vereinten Nationen,

feststellend, dass die Schule, die im Jahr 1947 auf dem Gelände der Vereinten Nationen in Lake Success gegründet wurde, nun ihren sechzigsten Jahrestag begeht,

sowie feststellend, dass die Ziele der Schule nach ihrer Satzung darin bestehen, „unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine Schule zu gründen, zu betreiben und zu unterhalten, die eine internationale, dem Geist und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen entsprechende Erziehung für die Kinder von offiziell mit den Vereinten Nationen verbundenen Personen sowie für die Kinder anderer Personen, die eine ähnliche Erziehung für ihre Kinder wünschen, fördert und anbietet sowie Bildungsaktivitäten mit internationalem Charakter begünstigt“,

ferner Kenntnis nehmend von der Rolle der Schule als eines Faktors bei der Rekrutierung und Bindung internationaler Bediensteter der Vereinten Nationen,

in der Erkenntnis, dass die Schule nach wie vor einen unerlässlichen Beitrag zur Gemeinschaft der Vereinten Nationen leistet, indem sie aufeinanderfolgenden Generationen von Kindern dieser Gemeinschaft und anderen Kindern eine geeignete internationale Erziehung bietet,

sowie in Anerkennung der hohen pädagogischen Maßstäbe, die die Schule als eine herausragende, für ihre Führungsrolle in der multikulturellen und mehrsprachigen Erziehung anerkannte internationale Schule gesetzt hat, und anerkennend, dass sie ein Schmelztiegel der ethnischen und kulturellen Vielfalt ist, der die Wertschätzung unterschiedlicher kultureller Beiträge fördert,

feststellend, dass die Schule eine dringend notwendige Renovierung und Verbesserung ihrer Gebäude und Gelände eingeleitet hat, die ihr erlauben wird, die Einrichtungen zu modernisieren und die Zahl der Klassenräume zu erhöhen, was ihre Unterrichtskapazitäten erheblich verbessern wird,

1. *beglückwünscht* die Internationale Schule der Vereinten Nationen zu ihrem sechzigsten Geburtstag;

2. *bekundet ihre Anerkennung* für die hervorragenden Leistungen der Schule und für den wertvollen Beitrag, den sie nach wie vor zur Erziehung und Entwicklung aufeinanderfolgender Generationen von Kindern der Gemeinschaft der Vereinten Nationen leistet;

3. *stellt fest*, dass die Schule ein Renovierungsprogramm durchführt, um die Einrichtungen der Schule zu modernisieren und zu verbessern;

4. *fordert* die Mitgliedstaaten und andere, die dazu in der Lage sind, *nachdrücklich auf*, zugunsten des Renovierungsprogramms großzügige Beiträge an den Kapitalentwicklungsfonds der Schule zu leisten, um die internationale Erziehung weiter zu stärken und die multikulturelle Begegnung zu fördern;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Schule auch weiterhin angemessene Hilfe zur Förderung ihres Zieles und ihrer Zwecke zu gewähren.

RESOLUTION 63/199

Verabschiedet auf der 72. Plenarsitzung am 19. Dezember 2008, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/63/L.29/Rev.1 und Add.1, eingebracht von: Albanien, Argentinien, Äthiopien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Deutschland, Eritrea, Estland, Finnland, Frankreich, Ghana, Griechenland, Haiti, Island, Kanada, Kap Verde, Kenia, Kirgisistan, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Malawi, Malta, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Philippinen, Polen, Portugal, Ruanda, Schweden, Schweiz, Sierra Leone, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südafrika, Thailand, Tschechische Republik, Uganda, Ungarn, Vereinigte Republik Tansania, Zypern.

63/199. Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Ergebnisse der großen Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich und auf damit zusammenhängenden Gebieten, einschließlich der darin enthaltenen Entwicklungsziele, und in Anerkennung der maßgeblichen Rolle dieser Konferenzen und Gipfeltreffen bei der Gestaltung einer umfassenden Vision der Entwicklung und bei der Festlegung einvernehmlicher Ziele, die zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen in verschiedenen Teilen der Welt beitragen haben,

in Bekräftigung der im Ergebnis des Weltgipfels 2005²⁸⁴ zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit, im Rahmen der Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine produktive Vollbeschäftigung und eine men-

²⁸⁴ Ebd.

schenwürdige Arbeit für alle, namentlich für Frauen und junge Menschen, zu einem zentralen Ziel der einschlägigen nationalen und internationalen Politiken sowie nationalen Entwicklungsstrategien, namentlich der Armutsbekämpfungsstrategien, zu machen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 59/57 vom 2. Dezember 2004 über den Bericht der Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung *Eine faire Globalisierung: Chancen für alle schaffen*²⁸⁵,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 62/208 vom 19. Dezember 2007 über die dreijährliche umfassende Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung der in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen²⁸⁶ zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit, sicherzustellen, dass die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen der Welt wird, und der Verpflichtung, größere Politikkohärenz und bessere Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, ihren Organisationen, den Bretton-Woods-Institutionen sowie anderen multilateralen Organen zu gewährleisten, mit dem Ziel, die international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, zu erreichen,

in der Erkenntnis, dass das Ziel der produktiven Vollbeschäftigung und einer menschenwürdigen Arbeit für alle eines der Grundelemente der Armutsbekämpfungsstrategien ist, die die Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, erleichtern, und dass dafür eine multidimensionale Ausrichtung erforderlich ist, die die Regierungen, den Privatsektor, die Zivilgesellschaft, nichtstaatliche Organisationen, Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, internationale Organisationen und insbesondere die Einrichtungen des Systems der Vereinten Nationen und die internationalen Finanzinstitutionen einbezieht,

bekräftigend, dass die Entwicklung selbst ein zentrales Ziel ist und dass die nachhaltige Entwicklung in ihren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten ein Grundelement des übergreifenden Rahmens der Tätigkeiten der Vereinten Nationen bildet,

1. *nimmt mit Interesse Kenntnis* von der Verabschiedung der Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung²⁸⁷ und der dazugehörigen Resolution auf der siebenundneunzigsten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz und fordert ihre Umsetzung;

2. *erkennt an*, dass es im derzeitigen Kontext der Globalisierung noch notwendiger geworden ist, bessere und faire Ergebnisse für alle zu erzielen, um dem universellen Streben nach sozialer Gerechtigkeit Rechnung zu tragen, Vollbeschäftigung zu erreichen, die Nachhaltigkeit offener Gesellschaften und der globalen Wirtschaft zu gewährleisten, sozialen Zusammenhalt zu erzielen und Armut und wachsende Ungleichheiten zu bekämpfen;

3. *erkennt außerdem an*, dass die sozialen Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftskrise die schwächsten und schutzbedürftigsten Teile der Gesellschaft durch größere Armut, Unterbeschäftigung, wachsende Ungleichheit und schwierige soziale Bedingungen unverhältnismäßig stark betreffen können;

4. *bekundet erneut ihre Unterstützung* für eine faire Globalisierung und trifft den Beschluss, das Ziel der produktiven Vollbeschäftigung und einer menschenwürdigen Arbeit für alle, namentlich für Frauen und junge Menschen, zu einem zentralen Ziel der einschlägigen nationalen und internationalen Politiken, einschließlich der Armutsbekämpfungsstrategien, sowie anderer in Reaktion auf die derzeitige Wirtschaftskrise nach Bedarf ausgearbeiteter Maßnahmen zu machen, mit dem Ziel, die international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, zu erreichen;

5. *unterstützt* die in der Erklärung geäußerte Forderung, die Umsetzung eines integrierten Ansatzes für die Agenda für menschenwürdige Arbeit auf der Grundlage der vier unteilbaren, zusammenhängenden und sich gegenseitig stützenden strategischen Ziele der Schaffung von Arbeitsplätzen, der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, des sozialen Dialogs und des sozialen Schutzes zu fördern und dazu beizutragen;

6. *erklärt erneut*, dass das Toolkit zur generellen Berücksichtigung von Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit²⁸⁸, das vom Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen verabschiedet und vom Wirtschafts- und Sozialrat gebilligt wurde²⁸⁹, eine praktische Methode für die Förderung der Kohärenz bei der Konzeption und Umsetzung der diese Fragen betreffenden Politiken innerhalb des Systems der Vereinten Nationen bietet;

7. *ersucht* die Fonds, Programme, Sonderorganisationen und Finanzinstitutionen der Vereinten Nationen, das Ziel der produktiven Vollbeschäftigung und einer menschenwürdigen Arbeit für alle auch weiterhin systematisch in ihren Politiken, Programmen und Aktivitäten zu berücksichtigen, indem sie einen integrierten Ansatz, namentlich die Anwendung des Toolkits, fördern;

²⁸⁵ Siehe A/59/98-E/2004/79.

²⁸⁶ Siehe Resolution 55/2.

²⁸⁷ A/63/538-E/2009/4, Anlage. In Deutsch verfügbar unter http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/dgreports/cabinet/documents/publication/wcms_100192.pdf.

²⁸⁸ In Englisch verfügbar unter <http://www.ilo.org/public/english/bureau/pardev/reports/multilateral/toolkit.htm>.

²⁸⁹ Siehe Resolution 2008/18 des Wirtschafts- und Sozialrats, Ziff. 35.

8. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, die Anwendung der in dem Toolkit ausgeführten Grundsätze auf nationaler Ebene zu erwägen, in dem Bestreben, die Kohärenz der Politiken zugunsten der produktiven Vollbeschäftigung und einer menschenwürdigen Arbeit für alle zu fördern;

9. *anerkennt* die besondere Relevanz, die der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung in Anbetracht des Welttags der sozialen Gerechtigkeit zukommt, und ermutigt zu aktivem Dialog und aktiver Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fonds, Programmen und Sonderorganisationen des Systems der Vereinten Nationen wie auch auf nationaler Ebene, namentlich auch mit der Zivilgesellschaft und den nichtstaatlichen Organisationen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, die Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung bei der Behandlung ähnlicher Berichte im Wirtschafts- und Sozialbereich gebührend zu berücksichtigen.

RESOLUTION 63/200

Verabschiedet auf der 72. Plenarsitzung am 19. Dezember 2008, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/63/L.56 und Add.1, eingebracht von: Ägypten, Australien, Bosnien und Herzegowina, Fidschi, Finnland, Frankreich, Guyana, Irland, Israel, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Marshallinseln, Mikronesien (Föderierte Staaten von), Nauru, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Philippinen, Portugal, Salomonen, Samoa, Schweiz, Singapur, Slowenien, Thailand, Tonga, Tschechische Republik, Türkei, Tuvalu, Vanuatu, Venezuela (Bolivarische Republik), Vereinigte Staaten von Amerika.

63/200. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Pazifikinsel-Forum

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 49/1 vom 17. Oktober 1994, 59/20 vom 8. November 2004 und 61/48 vom 4. Dezember 2006,

unter Begrüßung der laufenden Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Pazifikinsel-Forum und den mit ihm verbundenen Institutionen,

eingedenk dessen, dass das Pazifikinsel-Forum 1971 eingerichtet wurde und dass die Führer des Pazifikinsel-Forums im Jahr 2005 den Pazifik-Plan billigten, dessen Ziel darin besteht, das Wirtschaftswachstum, die nachhaltige Entwicklung, die gute Regierungsführung und die Sicherheit der Pazifik-Länder durch Regionalismus zu verbessern und zu fördern,

in Bekräftigung der Notwendigkeit, die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen und dem Pazifikinsel-Forum auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung, des Umweltschutzes, der guten Regierungsführung und des Friedens und der Sicherheit zu verstärken,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und sonstigen Organisationen²⁹⁰,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs²⁹⁰, insbesondere von den Ziffern 90 bis 97 über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Pazifikinsel-Forum, und ermutigt zu weiterer derartiger Zusammenarbeit;

2. *bittet* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, in Absprache mit dem Generalsekretär des Pazifikinsel-Forums die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den beiden Sekretariaten zu fördern und auszuweiten und so die beiden Organisationen besser zu befähigen, ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundsechzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

4. *beschließt*, den Unterpunkt „Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Pazifikinsel-Forum“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundsechzigsten Tagung aufzunehmen.

RESOLUTION 63/234

Verabschiedet auf der 73. Plenarsitzung am 22. Dezember 2008, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/63/L.62 und Add.1, eingebracht von: Australien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Chile, Deutschland, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Fidschi, Finnland, Frankreich, Guyana, Irland, Israel, Italien, Jamaika, Kanada, Kroatien, Kuba, Luxemburg, Marokko (im Namen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die Mitglieder der Gruppe der afrikanischen Staaten sind) Nicaragua, Niederlande, Österreich, Portugal, Salomonen, Slowenien, Thailand, Timor-Leste, Zypern.

63/234. 2001-2010: Dekade zur Zurückdrängung der Malaria in den Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, dass der Zeitraum 2001-2010 von der Generalversammlung zur Dekade zur Zurückdrängung der Malaria in den Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, erklärt wurde²⁹¹ und dass die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose und anderen Krankheiten in die international vereinbarten Entwicklungsziele aufgenommen wurde, einschließlich der in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen²⁹² enthaltenen Entwicklungsziele,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 62/180 vom 19. Dezember 2007 und alle früheren Resolutionen betref-

²⁹⁰ A/63/228-S/2008/531 und Corr.1.

²⁹¹ Siehe Resolution 55/284.

²⁹² Siehe Resolution 55/2.